[redacted] die Entwicklung in Polen im Januar 1958

I. Politische Ereignisse

1. GOMULKAs Neujahrsgrüße 1
2. Mitgliederüberprüfung in der Partei 2
3. Wahlen zu Nationalräten 4
4. Säuberung auch in Massenorganisationen 5
5. Parteitag der "Demokraten" 6
6. Ein neuer Sender für die Westgebiete 6
7. Gebühren für Auslandspässe erhöht 7

II. Wirtschaft

1. Landwirtschaft 1957/58 8
2. Staatsetat 1958 11
3. Feuerschäden 12

III. Soziale Probleme

1. Alkoholismus - Problem Nr. 1 13
2. Gesetz zum Schutze des Eigentums 14
3. Jugendkriminalität 14
4. Vergrößerung der Spareinlagen 14
5. Es gibt wieder Richter in Warschau 15
6. Schulen für nationale Minderheiten 16

IV. Polen und Ausland

1. Kampagne gegen Polen beginnt wieder 16
2. Katholische Sejm-Abgeordnete zur Auslandshilfe 18

- -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn

1) GOMULKAs Neujahrsgrüße

Zum Beginn des Neujahrs hielt der Parteichef GOMULKA eine Radioansprache an die Bevölkerung. Nach seinen Worten war das Jahr 1957 "ein Jahr der konsequenten Durchführung des Programms und der politischen Linie des VIII Plenums" (vom Oktober 1956). Wie die Oktoberlinie zu verstehen ist - das musste im Laufe des vergangenen Jahres erst erläutert werden, weil man den Sinn des Oktobers oft falsch auslegen wollte:

"Es war ein Jahr, in dem eine Reihe von Begriffen geklärt werden musste , die in diesem Programm (Oktoberprogramm) enthalten sind. Das galt beispielsweise für den Begriff der sozialistischen Gesetzlichkeit. Hatten sich doch Leute gefunden, die die Rechtsstaatlichkeit als eine Sache behandelten, die nur für die Staatsmacht in ihren Beziehungen zu den Bürgern gilt. In den Köpfen dieser Leute war die Rechtsstaatlichkeit gleichbedeutend mit einer Ermunterung zur Gesetzübertretung, zum Diebstahl und zu anderen Verfehlungen, zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Mit einer solchen Auffassung musste aufgeräumt werden.

Auch der Begriff der sozialistischen Demokratie bedurfte eines Ordnens. Einige legten ihm nämlich einen anarchistischen Inhalt bei, andere trachteten wiederum danach, die sozialistische Demokratie als Waffe zum Kampf gegen den Sozialismus zu benutzen. Diese Dinge wurden auf dem IX. und X. Plenum des ZK der Partei geklärt."

Mit diesen Worten rechtfertigt also GOMULKA eine Reihe von Massnahmen, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres gegen die Linke der Partei, gegen die in Lodz streikenden Arbeiter usw. ergriffen wurden. Dabei wiederholt er, was er schon früher oft bei verschiedenen Anlässen gesagt hat, daß "der Umfang der sozialistischen Freiheiten desto größer sein wird, je ausgeprägter im Volk die gesellschaftliche Disziplin ist." Seine Feststellung: "Ohne Disziplin kann es keine Freiheiten und Demokratie geben," - klingt wohl selbstverständlich, läßt jedoch den Verdacht aufkommen, daß GOMULKA den Begriff "Disziplin" sehr speziell auszulegen geneigt ist. Die Diktaturen pflegen z.B. oft von Disziplin und Staatsraison zu sprechen um die Beschneidung der Freiheiten und Erdrückung der Demokratie zu rechtfertigen. In der besonderen Lage Polens als eines von der SU abhängigen Staates könnte man gewisse Notwendigkeiten verstehen und entschuldigen.

Die dadurch gerechtfertigten Massnahmen dürften aber niemals weiter als unbedingt notwendig gehen. Bei GOMULKA hatte man in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nicht immer den Eindruck gehabt, daß er nur die Konzessionen machte, die zur Erhaltung anderer wichtiger Oktobererrungenschaften absolut notwendig waren.

GOMULKA warnte in seiner Neujahrsansprache vor einer Überschätzung der Erfolge, die manche in dem übererfüllten Plan der Volkswirtschaft zu sehen bereit waren.

"Die Produktionspläne wurden wohl übererfüllt"- meinte er - "die Durchschnittslöhne sind erheblich gestiegen. Seien wir aber ehrlich: Der Produktionsplan für 1957 war zu niedrig aufgestellt und die Bruttosumme zur Erhöhung der Lohnzahlung hat die Summe des wertmässigen Produktionszuwachses weit überschritten. So waren wir gezwungen, beträchtliche Mengen Rohstoffe und Verbrauchsgüter auf Kredit zu importieren. Der Kreditimport hätte wesentlich niedriger gehalten werden können, hätte in allen Produktionsbetrieben allgemein ein Gefühl der Arbeitsdisziplin geherrscht, das dem Gefühl der gesellschaftlichen Disziplin entspringt. Diese Disziplin schwankte aber bedauerlicherweise in vielen Betrieben."

GOMULKA warnte seine Landsleute vor dem Glauben an Auslandshilfe als Allheilmittel.

"Auslandsanleihen- und Kredite haben die Eigenschaft, daß man sie zurückzahlen muß. Um besser leben zu können, müssen wir besser arbeiten, besser wirtschaften, die Arbeit besser organisieren. Wir müssen das Land von Vergeudung, Diebstahl und allen Mißständen reinigen."

2) Mitgliederüberprüfung in der Partei

Die während des X. Plenums des ZK angesagte Parteisäuberung, die diesmal den Namen "Verifikation" bekommen hat, nähert sich ihrem Ende. Es gibt noch keine endgültigen Zahlen. Am 3. Januar veröffentlichte "Trybuna Ludu" Angaben über die Überprüfung von etwa 140 000 (von insgesamt 1.266.000) Mitgliedern. Im Ergebnis der Überprüfung sind über 4.500 aus der Partei ausgeschlossen und fast 27.000 aus den Mitgliederlisten gestrichen worden. Das bedeutet, daß fast ein Viertel dieser Parteimitglieder die Parteibücher abgeben mussten. Vier Wochen später, am 27. Januar, meldet "Trybuna Ludu", daß die Überprüfung schon in 80 % der Grundorganisationen abgeschlossen sei. Durchschnittlich 17 % der Mitglieder wurden ausgeschlossen oder gestrichen. Wenn dieser Prozentsatz sich nicht noch ändert, dürfte die Partei kaum mehr als 1 Million Mitglieder behalten.

Interessant sind weitere Angaben über den bisherigen Verlauf der Säuberung. 50 % der Ausgeschlossenen und Gestrichenen sind Industrie- und Landarbeiter, 22 % Bauern und ca. 28 % Angestellte, Beamte usw.

Zu Beginn der Überprüfungsaktion hieß es, man wolle den Anteil der Arbeiter unter den Parteimitgliedern verstärken und den allzugrossen Anteil der Beamten und Angestellten beschränken. Es scheint, als ob dieses Vorhaben durch die bisherigen Ergebnisse in sein Gegenteil verkehrt wurde.

Der häufigste Grund für die Streichung von den Mitgliederlisten war "Passivität". Hier habe man sich, so schreibt "Trybuna Ludu" nicht von manchen Fehlern bewahren können, denn als Passivität wurden oft schwere Lebensbedingungen, hohes Alter, Krankheit usw. ausgelegt.
Beim Parteiausschluß handelte es sich meistens um "demoralisierte und korrupte Elemente",die dem Ansehen der Partei größten Schaden zugefügt haben.

Glücklicherweise - meint das kommunistische Organ - konnte man den Versuchen die Parteimitglieder auch danach zu beurteilen, ob sie gläubig oder ungläubig sind, wirksam entgegentreten.

Als Folge der Säuberung bezeichnet das Blatt eine Belebung der Aktivität vieler Parteiorganisationen. Auch glaubt die Partei, ihre Autorität durch Ausschaltung vieler kompromittierter Mitglieder gesteigert zu haben. Interessant ist die Feststellung, daß eine Säuberung der Partei ein unvermeidlicher und oft nützlicher Prozess sei, wenn die Partei ihreideologische Einheit und Aktionsfähigkeit behalten wolle.

In manchen Parteiorganisationen musste die Überprüfung wiederholt werden, weil man gegenüber Personen, die sich der Korruption schuldig gemacht haben, "allzugroßen Lieberalismus" an den Tag legte.

Wie aus der "Trybuna Ludu" vom 4. Januar hervorgeht, hat man im ZK eine Kommission gebildet, die sich mit dem Kampf gegen Mißstände und Korruption befassen soll. Bis zum 15. Dezember 1957 wurden über 1500 Fälle geprüft und über 1.100 Mitglieder wegen solcher Delikte ausgeschlossen, davon über 700 wegen Diebstahls und Unterschlagung, 200 wegen Ausnutzung ihrer Posten zur persönlichen Bereicherung,180 wegen Spekulation, 90 wegen passiver Bestechung und über 150 wegen Toleranz gegenüber Mißständen.
Nicht alle Parteiorganisationen zeigen ausreichende Aktivität bei dem Kampf gegen die Korruption. Das Blatt schreibt auch über die Notwendigkeit, Menschen, die der Korruption den Kampf angesagt haben vor der Rache der (oft einflussreichen) Betroffenen zu schützen.

3) Wahlen zu Nationalräten

Nicht wenig Platz widmete die Presse den Wahlen zu den Nationalräten, die Anfang Februar im ganzen Lande stattfinden sollen. Nationalräte sind Organe der staatlichen Provinzialverwaltung . Eine kommunale Selbstverwaltung im westlichen Sinne gibt es in Polen nicht. Es gibt drei Stufen der Nationalräte: Dorf- und Kleinstadträte, Kreisräte und Wojewodschaftsräte.

205 000 Mitglieder der Räte aller Stufen sollen gewählt werden. Es wurden ca. 300 000 Kandidaten aufgestellt, davon allein für die Dorfräte 228 000. Zur Aufstellung von Kandidaten waren die drei politischen Parteien (Arbeiter-, Bauern- und die Demokratische Partei) sowie die Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaftliche Verbände usw.) berechtigt.

Die kommunistische Arbeiterpartei stellte 51 % der Kandidaten zu den Wojewodschaftsräten, 55 % zu den Kreisräten und 34 % zu den Dorfräten. Die Bauernpartei durfte 25 % der Kandidaten zu Wojewodschafts- und Kreisräten stellen, sowie 20 % zu den Dorfräten (!). Die "Demokraten" durften 7-14 % der Kandidaten zu den Wojewodschaftsräten und 9 % zu anderen Stadträten sowie 4 % zu den Kreisräten stellen.
Die Parteilosen kandidieren zu allen Räten, hauptsächlich aber treten sie unter den Dorfkandidaten auf. (45%).
Die Wähler durften in einem gewissen Grade die aufgestellten Kandidatenlisten korrigieren. Bis Ende Januar fanden mehrere zehntausend Wahlversammlungen statt, auf denen fast 3 Millionen Teilnehmer gezählt wurden. 23 000 Kandidaten wurden auf Vorschlag der Wähler ausgetauscht.

In den Städten zeigte die Bevölkerung kaum Interesse an den Wahlen. Auf dem Lande war es anders, weil dort die Dorfräte täglich mit jedem Dorfbewohner in Berührung kommen. Wenn man also von einem "Wahlkampf" sprechen kann, so gab es ihn nur in den Dörfern und Kleinstädten. Naturgemäss traten hier als zwei rivalisierende Kräfte die Kommunisten und die Vertreter der Bauern-Partei auf. Über die Zusammenarbeit dieser zwei Parteien hat ein Witzbold einmal gesagt: "Sie ähnelt einer langen Hose. Oben geht sie zusammen, aber unten geht sie auseinander."

In der Hauptstadt und in den größeren Städten des Landes hört man dauernd von den Leitungen beider Parteien feierliche Versicherungen, daß sie einen gemeinsamen Weg gingen. Schon auf der Kreisstufe werden diese Beteuerungen selten und in den Dörfern sind die Differenzen kaum zu überbrücken.

Die Verärgerung der Bauernpolitiker ist nicht schwer verständlich: Sie durften nur 20 % der Kandidaten für die Dorfräte aufstellen, während die Kommunisten, die auf dem Lande wahrhaftig so gut wie gar keine Anhänger besitzen, 34 % bekamen. "Trybuna Ludu" vom 24. Januar schreibt von den "reaktionären Elementen aus der ehem. Mikolajczyk-Partei" die voll Haß gegenüber dem Volksstaate und der Arbeiterpartei seien, die jetzt besonders aktiv auftreten und zum Boykott der Wahlen aufrufen.

Dasselbe Parteiblatt schreibt am 26. Januar, daß Berge von Briefen zur Redaktion kamen, in denen man dagegen protestiert, daß die Kandidaten nicht direkt von der Bevölkerung aufgestellt werden dürften.
Ein neues Gesetz, daß kurz vor den Wahlen beschlossen wurde, räumte den Nationalräten grössere Befugnisse, besonders auf dem Gebiete der Lokalindustrie ein als bisher.

4) Säuberung auch im "Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie"

Diese Organisation versammelte nach dem Kriege alle ehem. Mitglieder der polnischen Resistance, KZ-Häftlinge usw. In den Jahren der Stalinisierung wurden alle Vertreter der ehem. Heimatarmee, die während des Krieges die grössten Partisaneneinheiten aufstellten und der Londonder Regierung unterstand aus der Organisation ausgeschlossen und oft zahlreichen Verfolgungen ausgesetzt. Nach dem Oktober 1956 hat man diese Leute gebeten, wieder zum Verband zurückzukehren. Ein Teil von ihnen tat es und wollte im Geiste der neuen Zeit dort wirken.
Man kann nicht behaupten, dass sie nach langen Jahren der ungerechten Verdächtigungen, Schikanen und Verfolgungen zu dieser Arbeit gerade viel Sympathie für Leute mitbrachten, die an dem ihnen zugefügten Unrecht schuldig waren und von GOMULKA weitgehend geschont auf ihren alten Posten verblieben waren.

Es gab Versuche der Vertreter der ehem. Heimatarmee, einen entscheidenden Einfluss auf die Organisation zu bekommen. Sie konnten sich dabei auf die Tatsachen stützen, daß sie die überwiegende Mehrheit der Untergrundkämpfer repräsentieren. Diese Versuche wurden als ein "Attentat der antisozialistischen Kräfte" verschrieen und vereitelt. Am 7. Januar veröffentlichte "Trybuna Ludu" ein Interview mit dem Vorsitzenden des Verbandes dem stellvertr. Verteidigungsminister Janusz ZARZYCKI. Er gab zu, daß in manchen Verbandsgruppen "Demagogen" Oberhand gewonnen hätten, daß sie aber heute immer mehr isoliert würden. Er kündigte zu diesem Zweck eine Überprüfung der Verbandsmitglieder an.

5) Parteitag der "Demokraten"

Die kleinste Satellitenpartei, die "Demokratische Partei", hielt Mitte Januar einen Parteitag in Warschau ab. In dieser Partei organisiert sich ein Teil der Intelligenz und der "privaten Initiative" im wirtschaftlichen Sektor, also vorwiegend Kleinhändler und Handwerker.

Als eingeladener Gast hielt der 1. Sekretär der kommunistischen Partei, GOMULKA eine Ansprache. Er betonte, daß der Sozialismus nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse sondern aller Volksschichten liege, mit Ausnahme derjenigen, die von fremder Arbeit leben oder leben möchten.

GOMULKA machte hier einen Versuch zudefinieren, wer als fortschrittlich zu gelten habe.

"In einem kapitalistischen System kann es Parteien geben, die man als fortschrittlich bezeichnen muß, obwohl sie sich die Verwirklichung des Sozialismus nicht zum Ziel stellen.
In einem Lande, wo das kapitalistische System gestürzt wurde und der Sozialismus aufgebaut wird, darf sich nur jener fortschrittlich nennen, der am Aufbau des Sozialismus mitarbeitet."

Sehr stark wurde die führende Rolle der Arbeiterpartei von GOMULKA betont. Die Demokratische Partei solle sich auf die Arbeit unter der Stadtintelligenz, Handwerker und Kleinhändler beschränken.

Allgemeines Interesse erweckte GOMULKAs Ausflug auf das Gebiet der Aussenpolitik. "Es wäre falsch - meinte er - der Ansicht zu sein, daß Polen als ein relativ kleines und schwaches Land gar keinen Einfluss auf den Lauf der internationalen Ereignisse, auf die Entwicklung der jetzigen Situation im Geiste der friedlichen Zusammenarbeit der Völker habe. Ein Beispiel dafür sind unsere Vorschläge zur Bildung einer atomfreien Zone in Europa." Bezeichnenderweise benutzt GOMULKA in diesem Falle nicht die Bezeichnung "Rapacki-Plan". Wie es in informierten Kreisen Warschaus heisst, ist GOMULKA die unerwartete publicity des Namens RAPACKI nicht sehr angenehm. Ähnlich wie im Falle des vorgeschlagenen Ostsee-Paktes fühlt sich GOMULKA auch im Falle des "Rapacki-Planes" als der geistige Vater und soll nun darüber verschnupft sein, daß er unter einem anderen Namen in der Welt Karriere machte.

6) Ein neuer Sender für die Westgebiete

Am 19. 1. wurde während einer Sitzung der Gesellschaft zur Entwicklung der Westgebiete bekanntgegeben, daß die Inbetriebnahme eines neuen

Senders "West" geplant sei. Dieser Sender soll von Breslau und Grünberg aus betrieben werden und Programme ausstrahlen, die speziell der Problematik der Westgebiete angepasst sind.
Zwischen dem 9. und 16. Mai 1958 soll "eine Woche der Westgebiete" stattfinden, die im ganzen Lande begangen wird und der Popularisierung der ehemals deutschen Gebiete dient.

7) Gebühren für Auslandspässe erhöht

Ab 18. Januar muss jeder polnische Staatsbürger, der ins Ausland reisen will, für seinen Paß 5000 Zloty zahlen, wenn er sich ein westeuropäisches Land begeben will. Die Gebühr erhöht sich auf 7000 Zloty, wenn das Reiseziel außerhalb Europas in anderen Teilen der nichtkommunistischen Welt liegt.

Berücksichtigt man, daß ein Durchschnittslohn in Polen monatlich 1.300 Zloty ausmacht, daß viele Beschäftigte unter 1000 Zloty im Monat verdienen und daß viele der ins Ausland reisenden Personen Rentner sind, die ihre Familienangehörigen besuchen wollen , so kann man die neue Massnahme der polnischen Regierung nicht anders als einen Versuch bezeichnen, die Reisen ins "kapitalistische Ausland" zu sperren.

In diesem Zusammenhang spricht man viel von der Devisenarmut in Polen.
Es wäre verständlich, daß man die Ausstellung eines Auslandspasses davon abhängig machte, ob die Gastgeber im Ausland die Unkosten des ausreisenden Polen ausserhalb des polnischen Territoriums in Devisen zu bezahlen bereit sind. Aber damit hat die neue Verfügung nichts zu tun. Sie bedeutet nichts weiter, als das man die Reisen ins Ausland nur den wenigen reichen Leuten in Polen gestatten will. Auch die Studenten, die zu Studienzwecken reisen wollen, sind davon betroffen. Kürzlich musste eine polnische Austauschgruppe die Reise nach der Bundesrepublik aus diesem Grunde absagen.
Es verwundert nicht, daß diese Verfügung sogar in einem Teil der polnischen Presse angegriffen wurde. Man verlangt zu mindestens eine Revidierung der Bestimmungen für Fälle, in denen ein berechtigtes Interesse geltend gemacht werde. Im Jahre 1956 haben 140.000 Polen eine Auslandsreise unternommen, im Jahre 1957 wuchs diese Zahl schon auf 177 000. Aber nur ein Drittel davon (61.000) begab sich in die "kapitalistischen Länder", 64.000 besuchten Verwandte in der Sowjetunion.

II. Wirtschaft

1) Landwirtschaft 1957-1958

Mit den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Produktion im Jahre 1957 beschäftigt sich "Zycie Warszawy" vom 2. Januar. In diesem Jahre konnten die polnischen Bauern 700.000 to Getreide mehr als im Vorjahre einbringen. Diese Menge entspricht etwa der Hälfte des Imports, der sich in den letzten Jahren um jeweils 1.500.000 to bewegte. Dank der besseren Erträge konnte auch die Zuckerindustrie über 250.000 to Zucker mehr als im Jahre 1956 erzeugen. Der Schweinebestand hat beträchtlich zugenommen, das im Dorfbereich liegende Brachland ist verschwunden.

Im Jahre 1957 wurde die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft beschleunigt. Einzelbauern und Kolchosbauern, die bis zum Jahre 1956 in den Westgebieten nur formale Bodeneigentümer waren, sind nun auch faktisch die Herren ihres Bodens, der Gebäude, des Inventars usw. geworden. Jetzt können die Bauern über ihr Eigentum beliebig verfügen, sie können es verkaufen, afteilen, abtreten.

In Wiedergutmachung des in der Vergangenheit zugefügten Unrechtes wurden den Bauern 35.000 ha Boden zurückgegeben, der ihnen vorher genommen und den landwirtschaftlichen Staatsgütern zur Bewirtschaftung übereignet wurde. Alle Bauern können jetzt ungeachtet der Größe ihrer Höfe staatliche Kredite erhalten.

Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ist durch Heraufsetzung der Preise für Getreidesollabgaben um 100 %, von 60 auf 120 Zloty, und gleichzeitig die Herabsetzung der Pflichtablieferung um die Hälfte sichergestellt worden. Die Milchpflichtablieferungen wurden völlig abgeschafft, die Erzeugerpreise für Mastschweine und lebende Rinder sind beträchtlich erhöht worden. Die neue Agrarpolitik brachte es mit sich, daß das Interesse am Boden gestiegen ist. Waren die Korridore des Ministeriums für Landwirtschaft bis vor kurzem noch von vielen Bauern belagert, die um Erlaubnis nachsuchten, einen Teil ihres Bodens abstoßen zu dürfen, so steigen jetzt die Nachfragen nach Boden und die Bodenpreise unaufhörlich.

Der Staat gab den Bauern im Jahre 1957 150 000 ha Brachland und 400 000 Parzellen, die zum Staatlichen Bodenfonds gehörten, zur Bewirtschaftung. Dies war vor allem als Hilfe für Klein- und Mittelbauern gedacht.

Das Realeinkommen des Dorfes betrug 1955 56,7 Milliarden Zloty, im Jahre 1956 65 Milliarden und 1957 69 Milliarden Zlotys. Man erwartet, dass es im

Jahre 1958 weiter steigen wird. Im Einkommen des Dorfes nimmt der Verkauf landwirtschaftlicher Produkte an den Staat noch immer den Hauptteil ein. Im Jahre 1955 kamen aus dieser Quelle 48,4 % des Gesamteinkommens, im Jahre 1958 rechnet man mit 56,7 %.

Die wachsenden Einkünfte des Dorfes erlauben, einen immer grösser werdenden Teil für Investitionszwecke abzuzweigen. Während 1955 Bauern nur 4,4 % ihrer Einkünfte für Investierungen bestimmten, wuchs dieser Anteil im Jahre 1956 auf 5,2 % und 1957 schon auf 8,6 %.
Im Jahre 1958 wird die Investition voraussichtlich die Höhe von 9,3 % erreichen.

Am 9. Januar sprach der Minister für Landwirtschaft, E. OCHAB, vor dem zuständigen Sejm-Ausschuß über die Aufgaben, die man der Landwirtschaft im Jahre 1958 stellen wird.

Besondere Aufmerksamkeit wird man der Rinderzucht widmen müssen, um den Kopfbestand auf 8.650.000 Stück Vieh zu bringen (davon fast 6 Mill. Milchkühe). Die Zahl der Schweine soll auf 13 Millionen anwachsen.

Man will die Saatfläche und die Erträge der sogen. industriellen Pflanzen erhöhen. Hierzu gehören Zuckerrüben, Flachs, Tabak, Hopfen, Ölfrüchte usw.

OCHAB meinte, auch die Einzelbauern hätten noch ungeahnte Möglichkeiten, ihre Produktion zu steigern. Der Staat will alles mögliche tun, um dabei zu helfen.
Die Bauern bekommen in diesem Jahre 671 000 Tonnen Kunstdünger, das sind etwa 7 % mehr als im Vorjahre. Allerdings hat man ein Nachlassen der Nachfrage festgestellt.

Die Dörfer bekommen weiter 1,1 Mill. to Zement (um 12 % mehr alsim Vorjahr), fast 600 000 to Kalk (31 % mehr), über 900 Mill. Stück Ziegelsteine (57 % mehr), 30 Millionen Dachziegel (26 % mehr) usw. Dieses Baumaterial wird aber noch nicht ausreichen, um den Bedarf an Neubauten vollständig zu decken, zumal durch die Vernachlässigung der Dörfer in der stalinistischen Ära auch noch viele Reparaturen notwendig sind.

Ein Teil der MTS wurde im Jahre 1957 aufgelöst (knapp 10 %). Auf den übrigen hat man das Verwaltungspersonal von 16 850 auf 6 750 herabgesetzt. Für die durch MTS durchgeführten Reparaturen wurden 1956 20 Millionen und 1957 125 Millionen Zlotys eingenommen.

Die staatlichen Zuschüsse, die 1956 fast 350 Millionen Zloty ausgemacht haben, konnten auf 280 Mill. herabgesetzt werden. Für das Jahr 1958 sind immer noch Zuschüsse in der Höhe von 40 Mill. Zloty eingeplant.

Der Mangel an Materialien zwang die Arbeiten zur Elektrifizierung der Dörfer einzuschränken. Die Kredite für die Landwirtschaft, die im Jahre 1957 1,36 Milliarden Zlotys ausmachten, sollen im laufenden Jahre die Höhe von 1,75 Milliarden erreichen. In der Agrarbank liegen zurzeit 300.000 Anträge auf Gewährung von Krediten, die auf 3,2 Milliarden Zloty berechnet werden. Der Hauptteil der Kredite (1 Milliarde) wird für den Wohnungsbau bestimmt, der Rest für die Vergrösserung des lebenden Inventars und den Einkauf von Maschinen.

Im Jahre 1957 wurden aus der landwirtschaftlichen Verwaltung fast 12.000 Personen entlassen, im Jahre 1958 werden weitere 13.000 dazu kommen. Das bedeutet insgesamt eine Einsparung von 400 Millionen Zloty jährlich.

Die Bauern erfüllen ihre steuerlichen Verpflichtungen nicht befriedigend. Sie schulden dem Staate 9,2 Milliarden Zloty, davon 4 Milliarden für rückständige Lohnsteuer, 2,1 für Sollabgaben, 1.8 Milliarden für fälligen Zinszahlungen usw.

OCHAB machte auch Angaben über den offiziellen Stand der Kollektivierung in Polen. "Den liquidatorischen und antisozialistischen Tendenzen" im Oktober 1956 widerstanden 1368 Produktionsgenossenschaften (von insgesamt über 10 000 vor dem Oktober 1956).
In den nachfolgenden Monaten haben sich 293 Genossenschaften reaktiviert, dazu sind 64 neue gekommen. Ende 1957 betrug die Zahl der Kolchosen in Polen 1725.

Die landwirtschaftlichen Staatsgüter haben die eingeplante Ertragshöhe nicht erreicht. Sie sind immer noch nicht ausreichend mit Produktionsmitteln versorgt und leiden unter dem Mangel an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Die Verluste, die die Staatsgüter brachten, betrugen im Jahre 1956 5300 Millionen Zlotys, im Jahre 1957 verminderte sich diese Summe auf 3400 Millionen, was immer noch sehr viel ist.

2. Staatsetat 1958

Am 21. Januar legte der Finanzminister Tadeusz DIETRICH dem Sejm den Entwurf des Gesetzes über den Staatshaushalt für das Jahr 1958 vor. Der Entwurf sieht Einnahmen in Höhe von 160,3 Milliarden und Ausgaben in Höhe von 158,1 Milliarden Zloty vor. Der Etatüberschuß beträgt 2,2 Milliarden.

Die Einnahmen gliedern sich folgendermaßen auf:

Einnahmen aus der Sozialistischen Wirtschaft	116,2
Einnahmen aus der nichtsozialistischen Wirtschaft und Landwirtschaft	7,0
Steuern und Verwaltungsgebühren	11,2
Darlehnsrückzahlungen	2,9
Verschiedene Einnahmen	3,5
Sozialversicherungen	19,5

Bei den Ausgaben gibt es folgende Aufteilung:

Volkswirtschaft	85,0
Soziale und kulturelle Zwecke	44,6
Nationale Verteidigung	12,5
Justiz	5,2
Staatsschulden	0,7
Reservemittel	2,6
Andere	1,7
Verwaltung	5,8

Im Vergleich zum Vorjahre wachsen die Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke um 1,5 Milliarden, für Justiz um 0,4 Milliarden und für die Verteidigung um 2,2 Milliarden Zloty. Der Minister begründete diese letzte Erhöhung mit der Änderung der Preise für Waren, dieman den Streitkräften liefert. Er betonte auch, daß im Vorjahre die Militärausgaben wesentlich beschnitten wurden und daß diese Beschneidung als eine einmalige Maßnahme zur Entlastung der Staatsfinanzen gedacht war, die sich in diesem Jahre nicht wiederholen wird.

Die Ausgaben für die Verwaltung umfassen 210.000 Planstellen, das sind 21.000 weniger als im Vorjahre. Die Regierung will aber die Zahl der Planstellen auf rund 200.000, also um weitere 10.000 reduzieren. Schon im Jahre 1957 konnte man durch die Verkleinerung des Verwaltungsapparates 450 Millionen Zlozy einsparen.

Die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke, die sich auf rund 45 Milliarden belaufen und 29 % der Gesamtausgaben ausmachen, teilen sich folgendermaßen auf:

Sozialversicherungen	17,6
Allgemeine und Berufsschulen	10,6
Gesundheitswesen und körperliche Erziehung	10,1
Wissenschaft und Hochschulen	2,8
Kultur und Kunst	1,6
Andere	1,8

Der Minister appellierte an die Steuerzahler, besondersaber an die Bauern, ihre Pflichten gegenüber dem Staate gewissenhaft zu erfüllen. Er kündigte eine energische Eintreibung der Steuerschulden und Strafen für die Steuersünder an.

Weiter forderte er eine Erhöhung des Exportes als Vorbedingung zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes in der Zahlungsbilanz und zur Verminderung der kurzfristigen Schulden im Ausland.

3. Jährlich geht ein Kreis in Flammen auf

"Zycie Warszawy" veröffentlichte am 24. Januar eine erschreckende Statistik der Schäden, die durch Feuer in Polen verursacht werden. Im Jahre 1957 verbrannten 18.000 Gebäude, dabei fanden 145 Personen den Tod. Der Schaden beträgt 250 Millionen Zloty. Von dieser Schadenssumme werden fast 100 Millionen durch Verschulden Erwachsener verursacht, fast für 70 Millionen Zloty richten Kinder Schaden an. Der Rest entstand durch höhere Gewalt. Man hat ausgerechnet, daß jährlich ein Kreis durchschnittler Größe in Flammen aufgeht.

III. Soziale Probleme

1. Alkoholismus - Problem Nr. 1

Das Ausmaß des Alkoholismus, das schon in vergangenen Jahren zu einem bedrohlichen Problem ausgewachsen ist, nahm immer schrecklichere Formen an. Bei einem allgemeinen Lohnfonds von etwa 116 Milliarden Zloty vertrank man in Polen in den ersten 9 Monaten des vergangenen Jahres 13 Milliarden Zloty. Umgerechnet auf das ganze Jahr macht das etwa 17, 5 Milliarden aus, also etwa 15 Prozent des gesamten Lohnfonds. In diesen 13 Milliarden nimmt Wodka einen "Ehren"platz mit 10 Milliarden Zloty ein. Der Rest entfällt auf Wein und Bier. Man hat ausgerechnet, daß unter den Durchschnittsausgaben eines Einwohners in Polen die Ausgaben für Alkohol die größte Position ausmachen. Hier eine Aufstellung für die ersten 9 Monate 1957 (lt. "Trybuna Ludu" vom 4. Januar 1958):

Schuhwerk	101 Zloty
Zucker	171 "
Zigaretten	193 "
Backwaren	218 "
Fett	219 "
Kleidung	248 "
Fleisch und Wurst	374 "
Textilien	433 "
Alkohol	452 "

In diesen neun Monaten betrug der Pro-Kopf-Verbrauch 2,5 Liter 100 %igen Alkohols, Säuglinge mitgerechnet.

Laut "Zycie Warszawy" vom 9. Januar hat man in den ersten 11 Monaten 1957 72 Millionen Liter (umgerechnet auf 100 %igen Alkohol) vertrunken. Im Jahre 1956, als man schon eine außergewöhnliche Steigerung des Alkoholverbrauchs im Vergleich zum vorhergehenden Jahre notierte, betrug der Verbrauch ca. 57 Millionen Liter 100 %igen Alkohols.

Diese düsteren Zahlen geben zumindestens einen Teil der Begründung für die Ausmaße der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes. So lange man diese Plage nicht zurückdrängen kann, wird sie jeder wirtschaftlichen Stabilität im Wege stehen.

2. Gesetz zum Schutze des Allgemeineigentums

Der parlamentarische Ausschuß für die Rechtspflege tagte am 3. und 4. Januar und befaßte sich mit dem Entwurf des Gesetzeszum Schutze des Allgemeineigentums. Dieses Gesetz sieht eine erhebliche Verschärfung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen für alle Fälle des Diebstahls von staatlichen und anderem Allgemeineigentum vor.

So heißt es im Entwurf, daß bei einem Schaden von 50 bis 100.000 Zloty die Mindeststrafe auf 5 Jahre, bei einem Schaden über 100.000 Zloty auf 8 Jahre Gefängnis bis lebenslänglich festgesetzt wird. Als neue Strafe wird die Einziehung des Gesamtvermögens des Verurteilten zugelassen. Die vorläufige Beschlagnahme dieses Vermögens darf schon während der Untersuchung verfügt werden. Man will auch juristische Mittel schaffen, um dieses Vermögen, falls es bei Dritten versteckt ist, zu ermitteln und zu beschlagnahmen.

Während der Diskussion haben mehrere katholische Sejmabgeordnete ihre Bedenken gegen manche Bestimmungen des Gesetzes geäußert. Sie meinten, diese Bestimmungen stünden im Widerspruch zu den Bestimmungen des Strafgesetzbuches und müßten größte Bedenken hervorrufen.

Andererseits läßt es sich aber nicht bestreiten, daß bisher die Diebe von Allgemeinvermögen fast immer bei den Gerichten gut davongekommen sind. Es gab Fälle, in denen bei Affären mit Millionenschaden die Angeklagten 2 - 3 Jahre Gefängnis bekamen und dazu höchstens zur Zahlung von einer Summe verurteilt wurden, diein keinem Verhältnis zu dem verursachten Schaden stand.

3. Jugendkriminalität steigt

Am 14. Januar machte der Vertreter des Justizministeriums Angaben über die andauernde hohe Kriminalität unter den Jugendlichen in den letzten anderthalb Jahren. Diese Tatsache macht umso mehr Sorgen, als in der besprochenen Zeit die Aufklärung von Verbrechen sank, was praktisch eine Steigerung der kriminellen Delikte bedeutet, die ohne Zweifel von Jugendlichen begangen wurden. Man stellte als allgemeine Tendenz fest, daß kriminelle Delikte mehr und mehr von in Gruppen auftretenden Halbstarken begangen werden.

4. Vergrößerte Spareinlagen

Eine erfreuliche Erscheinung hat "Zycie Warszawy" am 9. Januar zu melden. Die Zahl der Sparbuchbesitzer sowie die Höhe der Spareinlagen ist in den letzten Jahren im Wachstum begriffen. Folgende Zahlen geben einen Überblick

über diese Entwicklung, wobei zu bemerken ist, daß besonders im letzten Jahre die auf Sparkonten deponierten Summen rapide zunahmen.

Jahr	Zahl der Sparbücher in Tausend	Summe der Spareinlagen in Millionen Zloty
1951	1.711	189
1952	2.832	257
1953	3.681	436
1954	4.029	750
1955	4.480	1.270
1956	5.077	2.230
1957	6.000	5.396

Eine beliebte Art des Sparens ist das vor kurzem auch in Polen eingeführte Bausparen. Eine Umfrage unter den Beschäftigten aller Berufe und Altersgruppen ergab, daß die meisten dieser Form des Sparens durchauspositiv gegenüberstehen. Sie sindbereit, Entbehrungen auf sich zu nehmen, das Rauchen und Trinken einzuschränken, wenn man ihnen eine ausreichende Garantie gibt, daß sie zum Schluß nicht vom Staat um die ersparte Wohnung betrogen werden. Die meisten sind mit 3 - 4 Jahren Wartezeit auf eine Wohnung einverstanden, aber nicht etwa mit 10 Jahren, wie das in manchen Fällen verlangt wird.

5. Es gibt schon wieder Richter in Warschau

Die Abkehr von den stalinistischen Methoden hat sich in Polen sehr schnell auf einem Gebiete ausgewirkt, das in der Stalinzeit Schauplatz der entsetzlichsten Verbrechen war - der Rechtspflege. Schon die Art, wie man mit den Angeklagten nach der Posener Revolte umging, war ein Beweis dafür, daß die Situation sich hier grundsätzlich geändert hat.

Einen neuen Beweis, daß in der veränderten Lage die Richter ihre Unabhängigkeit auch unter einem politischen Druck zu bewahren imstande sind, lieferte kürzlich der Prozeß gegen Studenten und Jugendliche, die auf den Straßen Warschaus gegen das Verbot von "Po Prostu" protestiert haben.

Am 25. Januar hat das Gericht alle Angeklagten aus"Mangel an Beweisen" freigesprochen. Es gibt kaum eine bessere Illustration für die unterschiedliche Lage, in der sich Polen im Vergleich zum heutigen Ungarn oder etwa der sogenannten "DDR" befindet.

6. Schulen für nationale Minderheiten

Laut Angaben von "Trybuna Ludu" vom 25. Januar gibt es jetzt in Polen insgesamt 164 Schulen, in denen nicht in polnischer Sprache unterrichtet wird. In 50 Schulen wird weißruthenisch, in 28 slowakisch und in 67 deutsch gesprochen. In den restlichen gibt es ukrainische, jüdische, litauische u. tschechische Unterrichtssprache.

In den Gebieten, wo die Vertreter der nationalen Minderheiten mit den Polen gemischt leben und nur in kleineren Gruppen auftreten, führt man in den Schulen als Zusatzunterrichtsfach die Sprache der betreffenden Minderheit ein. Solchen Zusatzunterricht hat man in 281 Schulen eingeführt, davon in 143 Schulen ukrainisch und in 117 weißruthenisch.

IV. Polen und Ausland

1. Kampagne gegen Polen beginnt wieder

In den letzten Monaten waren die Angriffe auf den polnischen Oktober und die für ihn verantwortlichen Politiker fast vollständig verstummt. Mindestens ist das zutreffend, wenn man die offiziellen Presseorgane, den Rundfunk usw. der UdSSR und der Volksdemokratien berücksichtigt. In den internen Parteiversammlungen der Ostblockstaaten hat man weiterhin dies und jenes von Gomulka-Polen einer Kritik unterzogen, aber auch hier war der Ton nicht mit dem zu vergleichen, den man unmittelbar nach dem Oktoberumschwung aus Pankow, Prag, Sofia und den Hauptstädten mancher Sowjetrepubliken gehört hat.

Seit kurzem ist die schon fast vergessene Kampagne wieder aufgeflammt. Als erste haben die immer besonders eifrigen tschechischen Kommunisten angegriffen, aber auch aus anderen Richtungen weht GOMULKA ein kalter Wind entgegen. Ein vor kurzem veröffentlichter "Prawda"-Artikel läßt keinen Zweifel darüber zu, von wo aus diese Kampagne gesteuert wird.

Ein polnisches Blatt, "Zycie Warszawy", fühlt sich am 25. Januar veranlaßt, zu diesen Stimmen Stellung zu nehmen. Wir lesen dort u. a.:

> "Polnische Angelegenheiten erscheinen jetzt wieder öfter in den Spalten der tschechoslowakischen Presse. Im allgemeinen freuen wir uns, wenn man über uns schreibt, besonders wenn man sachlich und vernünftig schreibt. Aber die tschechoslowakischen Redakteure ver-

tiefen sich nicht in die Probleme des polnischen Lebens, sondern befassen sich mit ideologischen Fragen.
Es wäre lächerlich, ihnen das Recht bestreiten zu wollen, darüber zu schreiben. Sie sollen das ruhig tun, aber mit Kenntnis der Sache und mit Logik."

"Zycie Warszawy" schreibt weiter, daß man in "Rude Pravo", dem Hauptorgan der CSR-Kommunisten, oft Namen der polnischen Revisionisten zitiert, "zur Warnung für die tschechoslowakischen Schriftsteller und Journalisten".

"Die gemeinsame Tendenz aller dieser Artikel ist die Erklärung der Gefahren des Revisionismus und 'Nationalkommunismus' am polnischen Beispiel. Mag sein, daß hier eine Art 'ideologische Hilfe' für unseren polnischen Kampf gegen die Revisionisten geleistet werden soll. In diesem Fall haben sich aber die tschechoslowakischen Publizisten ein wenig verspätet."

Das polnische Blatt polemisiert mit dem Versuch des CSR-Kommunisten-Organs, "den wirklichen Grund der Verbreitung revisionistischer Tendenzen auf die Tätigkeit der feindlichen Nachrichtendienste zurückzuführen". Diese Ansicht bezeichnet das Warschauer Blatt ironisch als "ausnehmend originell".

Das polnische Blatt verwahrt sich weiter dagegen, ehemalige polnische Parteimiglieder (gemeint sind offensichtlich mehrere prominente polnische Intellektuelle, Dichter und Schriftsteller) als "Verräter" und "Überläufer" zu bezeichnen. Man weist die Prager Journalisten sehr kühl darauf hin, daß z. B. die italienischen Genossen gegenüber Leuten, die in letzter Zeit aus ihrer Partei ausgetreten sind und "gewisse Elemente in der Parteilinie öffentlich einer Kritik unterzogen haben" solche Schimpfworte keineswegs benutzen, mit ihnen sachlich, manchmal scharf diskutieren, aber sich niemals zu Beleidigungen erniedrigen.

"Zycie Warszawy" schließt mit der Feststellung, daß man bei der ganzen Polemik in der CSR-Presse "eine erstaunliche Unkenntnis der polnischen Probleme" feststellen müsse. Diese Tatsache nehme einer Polemik - die unter anderen Umständen sehr nützlich und wünschenswert sein könnte - jeden Wert.

Es ist sehr bezeichnend, daß die neue Aktivität der sowjetischen und der Satellitenpresse bei Angriffen gegen das Gomulka-Regime zeitlich mit dem Treffen zwischen den polnischen und sowjetischen Partei- und Regierungsvertretern in Bialowieza zusammenfällt. In Warschauer politischen Kreisen ist

man bis jetzt über den Inhalt dieser Gespräche, der nur einem sehr beschränkten Kreis von Personen bekannt ist, völlig im Unklaren. Aus der Reaktion mancher kommunistischer Presseorgane vor und nach dem Treffen schliessen aber diese Kreise, daß dieses Treffen auf sowjetischen Wunsch zustande kam, daß man dort GOMULKA neue Konzessionen abhandeln wollte, daß aber Polen diese Konzessionen zu gewähren nicht bereit war.

Im übrigen sind die politischen Kreise über die Art, wie man sie über das Bialowieza-Treffen informiert (oder besser gesagt, nicht informiert hat) nicht wenig verärgert. Man macht GOMULKA zum Vorwurf, daß er sich nicht verpflichtet fühlt, der Bevölkerung oder zumindestens den höheren Parteifunktionären darüber Rechenschaft zu geben.

2. Katholische Sejm-Abgeordnete zur Auslandshilfe

Sehr bezeichnend waren die letzten Äußerungen der katholischen Sejm-Abgeordneten zu den Auslandskrediten für Polen. Am 21. Januar sprach im Parlament der Vertreter des katholischen Klubs, Stanislaw STOMMA. Er distanzierte sich sehr deutlich von einem anderen katholischen Abgeordneten, KISIELEWSKI, der "die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung Polens vor allem mit den ausländischen Anleihen verknüpft hat". STOMMA stellte im Namen aller übrigen katholischen Sejm-Abgeordneten fest, daß sie diesen ausländischen Krediten keineswegs eine übertriebene Bedeutung zuschreiben. Er nannte eine andere, wichtigere Quelle des Wohlstandes und der Kraft: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Einen Tag später ergriff ein anderer katholischer Abgeordneter, Konstanty LUBIENSKI, im Sejm-Ausschuß für Haushalt und Finanzen das Wort und sprach ähnlich wie sein Kollege STOMMA. Auch LUBIENSKI meinte, man solle nicht allzu große Hoffnungen mit den ausländischen Krediten verbinden, schon allein aus dem Grunde, daß es wenige gebe, die bereit wären, Polen didse Kredite zu gewähren. Vor allem müsse man sich auf eigene Kräfte verlassen. Wenn man im Ausland Kredite aufnehme, dann sollten es ausschließlich Kredite für Investitionszwecke sein. Der Kauf von Konsumgütern auf Kredit im vergangenen Jahre dürfe nur eine einmalige Ausnahme sein.

Die Beteuerungen der katholischen Abgeordneten widerspiegeln die Tendenz, die in der Partei und Regierung in letzter Zeit herrscht. Die ziemlich abweisende Haltung gegenüber den ausländischen Anleihen mag taktischen Gründen entsprechen oder auch auf den sowjetischen Druck zurückzuführen sein.